

## Denk-Anstöße 2006

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

*Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.*

### Ausgabe Januar 2006

#### **Stimmungswandel**

Wirtschaftspolitik ist bekanntlich auch eine Frage der Psychologie. Nach der überfälligen Ablösung von Rot-Grün durch die große Koalition überwiegt die Erwartung, dass es eigentlich nur noch besser werden könne. Obwohl die Regierungserklärung nur wenige überzeugende Maßnahmen zum zügigen Abbau des Reformstaus enthält, scheint die Stimmung derzeit besser als die Lage zu sein. Schon haben die Wirtschaftsforschungsinstitute RWI und IfW ihre Wachstumsprognosen für 2006 auf 1,6 bzw. 1,5 % angehoben. Man verweist dabei auf die wachsende Weltwirtschaft, sinkende Lohnstückkosten und steigende Investitionen. Der im internationalen Vergleich kümmerliche Aufschwung kann sich allerdings als Strohfeuer erweisen, weil schon für 2007 mit einer erneuten Abkühlung der Konjunktur gerechnet wird.

#### **„Negativ besetzt“**

Offenkundig honoriert der Wähler keine ehrliche Ankündigung unpopulärer Maßnahmen. Wahlen sind allenfalls mit homöopathischen Dosierungen zu gewinnen. In dem Zusammenhang hat sich Wolfgang Schäuble zu einer bemerkenswerten Aussage hinreißen lassen. Er stellte fest, dass „das Wort Reformen inzwischen sehr negativ besetzt“ sei, um dann hinzuzufügen: „Wir machen sie einfach, aber wir versehen sie mit anderen Begriffen.“ Eine sicherlich ungewöhnliche Form neuer Polit-Semantik, gleichwohl aber auch Anlass zur Hoffnung, dass die Reformziele auch mit den von Angela Merkel angekündigten „kleinen Schritten“ erreicht werden können.

#### **Quatscherei**

Als Glücksfall könnte sich Peer Steinbrück für die politische Bodenhaftung der SPD in der Bundesregierung erweisen. Der Finanzminister scheint nicht zuletzt vor dem Hintergrund seiner Budgetnöte in NRW den Ernst der Lage erkannt zu haben und auf pragmatische Sachlösungen statt ideologischer Rituale zu setzen. Davon zeugt seine erklärte Absicht, schon ab 2007 wieder die Einhaltung des EU-Stabilitätspakts zu erreichen. Erfrischend wirkt auch seine Aufforderung an die führende politische Kaste, sich in Talkshows rarer zu machen. Die Bürger hätten die „Verkümmern der Politik zur Quatscherei“ satt. Abzuwarten bleibt, ob sich auch Steinbrück selbst an seine zutreffende Diagnose halten wird.

#### **Machtfrage**

Zuversichtlich zeigt sich Roman Herzog hinsichtlich der Erfolgsaussichten der großen Koalition. Die verantwortlichen Politiker stünden bis 2009 unter Lei-

stungsnachweiszwang. Bis dahin habe auch der letzte Deutsche kapiert, „dass wir in einer absoluten Krise stecken.“ Wer hier wichtige Schritte verweigere, werde in vier Jahren „barfuß und im Nachthemd dastehen“. Kurt Biedenkopf fordert als Maxime für ein sozialpolitisches Umsteuern, die Unterstützung auf die wirklich Bedürftigen zu beschränken. Der frühere CDU-Strategie wörtlich: „Der Sozialstaat hat in den vergangenen 30 Jahren eine Anspruchshaltung gefördert, die ihn jetzt unfinanzierbar macht“.

### **Populismus-Test**

Fünf Nagelproben wird der Reformwille der großen Koalition schon 2006 zu bestehen haben. CDU und SPD müssen sich bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern behaupten. Man wird sehen, ob die Matadoren der Versuchung, erneut mit dem Füllhorn (leerer) Versprechungen Punkte zu sammeln, wirklich widerstehen wollen und können.

### **Die BRICs**

Der Anteil der BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien und China) am Welthandel hat sich seit 2001 verdoppelt. Eine neue Goldman-Sachs-Studie sieht für die Zukunft erhebliche Verlagerungen in der globalen Ökonomie. Schon 2040 werde China die größte Volkswirtschaft der Welt sein, gefolgt von den USA, Indien, Japan und Russland. Deutschland werde durch Stagnation vom derzeitigen dritten Platz auf den siebten Rang zurückfallen.

### **Zukunftsfinanzierung**

In puncto Innovationsstärke liegt Deutschland unter den 13 führenden Industrienationen auf Rang 6. Spitzenreiter sind die USA vor Finnland, Schweden, Dänemark und Japan. Das hat eine neue DIW-Untersuchung ergeben. Schwachstellen seien hierzulande vor allem das Bildungssystem und die Finanzierung von Innovationen. Da viele Banken hierzulande den kreditorischen Regenschirm unter dem beliebten Hinweis auf Basel II vorzugsweise bei strahlender Sonne verleihen, wird die F&E-Finanzierung zunehmend schwieriger. Größere Unternehmen suchen und finden international interessante Alternativen.

### **68er Flurschäden**

„Respekt und Anstand, von den 68ern als Relikte einer autoritätshörigen Welt geschmäht und erfolgreich bekämpft, feiern ein Comeback als Zeichen sozialer Kompetenz“. Mit diesen Worten kündigt der „Stern“ eine Renaissance „alter“ und zeitloser Werte an. Der Psychologie-Professor Hantel-Quitman stellt in dem Zusammenhang fest: „Wir alle beteiligen uns an der Herstellung und Aufrechterhaltung moralischer Normen, aber auch an ihrer langsamen Auflösung. Eine humane Ethik kann nicht an die Kirche oder die Ethik-Kommis-sionen delegiert werden.“

Ausgabe Februar 2006

### **Gute Stimmung**

Das Konjunkturbarometer für 2006 zeigt auf sonnig. Die Forschungsinstitute übertreffen sich gegenseitig beim Nachbessern ihrer BIP-Prognosen. Mit bis zu 2 % Wachstum hat sich ifo an die Spitze der Optimisten gesetzt. Daraus entsteht offenbar

bei Politik und Bevölkerung eine fatale Schein-Euphorie, die Ankündigung und Vollzug tiefgreifender Reformen verwechselt. Gewerkschaften drohen bereits wieder mit Streik zur Durchsetzung saftiger Lohnerhöhungen. Realisten, die auf politisch gesteuerte Strohfeuer-Effekte und einen erneuten Konjunkturerinbruch schon in 2007 hinweisen, finden kaum Gehör. Die deutsche Industrie wird ihr Wachstum von 2,5 % in 2005 im laufenden Jahr nicht halten können. Das deutsche Handwerk rechnet mit einem weiteren Verlust von bis zu 80.000 Arbeitsplätzen. Mit dem Verbreiten guter Stimmung allein wird die große Koalition die hohen Erwartungen nicht erfüllen können. Der Chefvolkswirt einer großen Bank hat skeptisch angemerkt: „Die ideologische Position der CDU ist nur ein dünne marktwirtschaftliche Eisschicht über der tiefen sozialdemokratischen Substanz.“

### **Spar-Philosophie**

Der Bund wird in laufenden Jahr soviel Schulden am Finanzmarkt machen wie nie zuvor. Das Volumen der neuen Bundesanleihen soll gegenüber 2005 um 5 % auf 230 Mrd. Euro zunehmen. Die Neuverschuldung soll insgesamt auf rund 41 Mrd. steigen. Mit ambivalenten Gefühlen beobachtet Peer Steinbrück die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank. Denn: Eine Erhöhung um einen halben Prozentpunkt bedeutet, dass Schuldner Deutschland langfristig rund sieben Mrd. Euro p.a. mehr an Zinszahlungen einplanen muss. In aparter Weise hat übrigens die Bayerische Staatskanzlei die öffentliche Sparpolitik auf den Punkt gebracht: „Sparen heisst normalerweise, dass Sie Geld, das Sie haben, nicht ausgeben. Wenn wir im Staatshaushalt über sparen reden, heisst das, wir geben Geld, das wir nicht haben, nicht aus.“

### **Selbstbedienung**

Wie ökonomisch unsinnig und politisch skurril die EU mit einem Teil ihrer Fördergelder umgeht, hat der „Spiegel“ dokumentiert. So werde der Export von Whisky als „in Form von bestimmten alkoholischen Getränken ausgeführtes Getreide“ bezuschusst. Tabakanbau und Antiraucher-Kampagnen würden aus demselben Etat subventioniert. Für das „Peace“-Programm in Nordirland stelle die EU dem 1,6 Millionen-Volk jährlich 100 Mio. Euro bereit. Gefördert wird u.a. mit 120.000 Euro jährlich ein Straßentheater, das es 2004 auf nur eine Vorstellung gebracht habe. Die griechische Regierung habe im vergangenen Frühjahr davor gewarnt, ein Anspruch auf 550 Mio. Euro drohe zu verfallen, weil man das Geld nicht rasch genug in konkrete Projekte stecken könne. Im von 2000 bis 2006 mit 9 Mrd. Euro geförderten Sizilien verschwinde ein großer Teil der Euro-Apanage in den Taschen der Mafia. In der Landwirtschaft werden gleichzeitig die Überproduktion und die Vernichtung der Überschüsse gefördert. Wieviel Geld an welche der unzähligen „Nichtregierungsorganisationen“ überwiesen werde, wisse die EU-Kommission selbst nicht. Das so entstandene Image ist verheerend: Ein supranationaler Moloch, der sich offenbar zunehmend als Selbstzweck versteht, reduziert sich auf den kleinsten politischen Nenner einer mehr oder weniger paritätischen Selbstbedienung.

### **Stabiler Trend**

17 % der deutschen Unternehmen haben in den letzten drei Jahren Arbeitsplätze in das Ausland verlagert. Diese Entwicklung, die vorrangig das produzierende Gewerbe betrifft, werde sich in den nächsten Jahren mit unveränderter Dynamik fortsetzen. Dies hat eine repräsentative Erhebung unter Spitzenmanagern ergeben. Bei der Neuausrichtung konzentriere man sich vorrangig auf die 2004 beigetretenen neuen EU-Länder, aber auch auf China und Indien. Dieser Trend lässt sich nur mit

innovativen Reformen durchbrechen.

### **Bankhaus statt Hausbank**

Die Banken geben den deutschen Unternehmen und Konsumenten – laut „Handelsblatt“ – trotz guter Konjunkturdaten weniger Kredite. Dagegen boome im übrigen Europa die Versorgung mit Liquidität. Die Zurückhaltung am deutschen Markt wird damit erklärt, dass die Banken nach den Zahlungsausfällen der Vorjahre verschärfte Anforderungen an die Kreditwürdigkeit stellten. Konditionell gut bedient werden vorrangig finanzstarke Firmenkunden. Allgemein hat das Ansehen vieler Banken v.a. in der mittelständischen Wirtschaft Schaden genommen. Die oft überraschende Kündigung bestehender Kredite hat zahlreiche Familienunternehmen in den Konkurs gestürzt. Extrem hohe Zinsen und „kreative Zuschlüge“, die als Risiko-Ausgleich definiert werden, saugen kapitalschwachen Firmen die Rendite ab. Das Rating nach Basel II wird häufig als eher willkürliches Instrument empfunden. Die frühere Hausbank-Philosophie, die auf persönlichem Vertrauen und langfristiger Zusammenarbeit basierte, ist von einigen Großbanken vorsätzlich abgeschafft worden. Viele jetzt düpierte Firmenchefs werden, sobald ihre Unternehmen konjunkturell wieder im tiefen Fahrwasser sind, die neue Unverbindlichkeit erproben und zu anderen Instituten abwandern. Davon profitieren zunehmend die ausländischen Banken.

Ausgabe März 2006

### **Alles im Griff**

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos hat Angela Merkel ihr Ziel unterstrichen, Deutschland bei Wachstum und Beschäftigung innerhalb von zehn Jahren wieder unter die ersten drei EU-Länder zu bringen. In Politik und Wirtschaft werden jetzt zunehmend überfällige Reformen angemahnt. Der CDU-Wirtschaftsrat warnt: „Wenn die große Koalition nicht schon im nächsten Jahr echte Erfolge bei der Sanierung der Staatsfinanzen und der Belebung des Arbeitsmarktes vorweisen kann, wird sie scheitern.“ Noch können die guten internationalen Auftritte der Kanzlerin vom innenpolitischen Stillstand ablenken. Tatsächlich aber wird der Wettlauf von Union und SPD um die „sozial gerechteste“ Politik – nicht nur in Wahlkampfzeiten – zur zentralen Schwachstelle der Koalition. Der „Spiegel“ kommentiert: „Die Sozialpolitiker aller Parteien greifen nach der Macht.“ Einen entlarvenden Einblick in die Realitäten gibt der linke SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach: „Selbst wenn Merkel ihre alten Reformideen verfolgen wollte: Sie könnte es nicht, weil sie die wichtigen Ministerien nicht kontrolliert. Gesundheit, Rente und Arbeit sind in der Hand der SPD.“

### **Schlechte Note**

Mehr als alle Prognosen und Regierungserklärungen spiegeln die tatsächlich vollzogenen Direktinvestitionen die Standortbedingungen und Zukunftsperspektiven der Industrienationen und Entwicklungsländer wider. Der neuen Unctad-Studie zufolge stiegen die weltweiten Investitionen 2005 um 29 % auf 897 Mrd. Dollar. Den Spitzenplatz belegte – wenn auch durch singuläre Sonderfaktoren – Großbritannien vor den USA und China. Deutschland konnte nur weit unterdurchschnittlich am internationalen Kapitalegen partizipieren. Zwar zogen Anleger nicht wie im Vorjahr Mittel aus der Bundesrepublik ab. Aber der Zuwachs von 4,9 Mrd. Dollar stellt sich im

Vergleich zu Großbritannien (219 Mrd.) und Frankreich (48,5 Mrd.) äußerst bescheiden dar. Selbst Länder wie Polen und Ungarn konnten deutlich höhere Zuflüsse verbuchen. Schlechter kann die internationale Benotung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit kaum ausfallen.

### **Energiepreise**

Die explodierenden Energiekosten führen nicht nur bei den privaten Haushalten zu zuvor nicht gekannten finanziellen Belastungen, sondern auch in der Wirtschaft. So hat sich der Industriestrompreis seit 2000 fast verdoppelt. Der Gaspreis ist in nur anderthalb Jahren um 40 % gestiegen. Fachleute erwarten bis 2010 weitere Erhöhungen der Öl- und Gaspreise um 50 %. Wirtschaftsminister Glos möchte auf dem bevorstehenden Energiegipfel folgende (rhetorische) Fragen diskutieren: „Wie sieht die Energieversorgung der Zukunft aus in einer Welt, in der fossile Energien immer knapper und teurer werden und sich in unsicheren Regionen befinden? Und wie sieht unsere Wettbewerbssituation aus im Vergleich zu Ländern, die nicht auf Kernkraft verzichten“. Die Internationale Energieagentur (IEA) hält die gegenwärtige Politik nicht für zukunftstauglich. Durch die konsequente Entwicklung und Nutzung von Spar- und Alternativtechnologien könne der weltweite Energiebedarf zwar bis 2030 um 15 % gesenkt werden. Absehbar sei jedoch, dass Energieeffizienz, erneuerbare Energien und fossile Brennstoffe allein keine ausreichenden Antworten auf die drängenden Versorgungsfragen böten. Die IEA weiter: „Kernkraft, eine in großem Umfang eingesetzte, reife Technologie, könnte auf dem Weg zu einem langfristig haltbaren, globalen Energiemix eine zentrale Rolle spielen.“

### **Staatsziele**

Der Bundesfinanzminister will 2007 die EU-Höchstgrenze der Neuverschuldung von 3 % deutlich unterschreiten. Mit Blick auf die desolote Haushaltssituation des Bundes hat Steinbrück kürzlich festgestellt: „Die demographische Entwicklung und die Erosion sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse untergraben die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme. Die Situation der öffentlichen Haushalte lässt es nicht mehr zu, einen vornehmlich konsumtiv, auf Alimentation ausgerichteten Sozialstaat weiterhin im bisherigen Volumen zu finanzieren. Hinzu kommt, dass soziale Transfers dort sinnlos und sogar kontraproduktiv werden, wo sie nicht Aufstiegschancen eröffnen, sondern gesellschaftliche Randständigkeit verfestigen und verstetigen. Die Lage unseres Gemeinwesens gibt zwingenden Anlass, sich auf unverzichtbare Aufgaben zu konzentrieren. Nach meinem Verständnis ist es die wichtigste Aufgabe des Staates, jedem Bürger zu ermöglichen, ein selbst bestimmtes Leben zu führen, seine Fähigkeiten zu entfalten und seine Existenz aus eigener Kraft zu sichern. Um diese Aufgabe weiterhin erfüllen zu können, müssen die Leistungen des Staates strikt an die Art ihrer Wirkungen gebunden werden: Was aktivierend wirkt, muss bleiben, und es kann sogar ausgebaut werden, wenn zugleich alles das abgebaut wird, was zu Passivität und übertriebener Anspruchshaltung führt.“

Es kann nicht das alleinige Ziel des modernen Staates sein, jeden Einzelnen gegen alle Unwägbarkeiten des Marktes zu schützen. Das erste Ziel muss mehr denn je werden, den Einzelnen zur Teilnahme und Teilhabe auf den Märkten zu befähigen. Die Schlüssel dazu sind Bildung und Qualifizierung in ihrer ganzen Palette.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

### **Endlich loslegen**

„Wo bleibt der Reformmut?“ fragt der „Spiegel“ in einer Titelgeschichte über die bisherigen Leistungen von Schwarz-Rot. Und die „FAZ“ meint: „Eine große Koalition, die über eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag verfügt, kann sich nicht mit kleinen Schritten zufriedengeben in einer Lage des Landes, die der Bundespräsident zur Begründung der vorgezogenen Wahl als in mehrfacher Weise kritisch geschildert hatte.“ Dringender Handlungsbedarf besteht bei überfälligen Anpassungen am Arbeitsmarkt sowie bei den Sozial- und Gesundheitssystemen. Angela Merkel kündigt an, jetzt wolle sie „endlich loslegen“. Man wolle die gute Anfangsstimmung nutzen, um „entschlossen zu handeln“. Der Worte sind genug gewechselt.

### **Strohfeuer?**

Während sich vielerorts eine sachlich kaum nachvollziehbare Konjunktur-Euphorie breit macht, ist bei den meisten Ökonomen Ernüchterung erkennbar. Die wirtschaftliche Erholung bleibt labil. Trotz steigender Investitionen ist vor allem wegen der anhaltenden Konsumschwäche noch kein selbsttragender Aufschwung gesichert. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung lebt nach wie vor vom Export. Und die für 2007 geplante Mehrwertsteuererhöhung bremst eine Belebung der Binnennachfrage. Unverkennbar ist die Gefahr, dass sich der Aufschwung schon im nächsten Jahr als Strohfeuer erweisen wird.

### **Subventionsabbau**

Das Institut für Weltwirtschaft (Kiel) empfiehlt, statt einer Mehrwertsteuererhöhung den Subventionsabbau forcierter anzugehen. Hintergrund: Subventionen und Finanzhilfen von Bund, Ländern und Gemeinden haben sich 2005 auf fast 145 Mrd. Euro summiert. Das Institut plädiert für eine durchgängige Kürzung nach der Rasenmähermethode. Ein derartiges Vorgehen würde nicht nur den noch höchst fragilen Aufschwung entlasten, sondern ist auch ordnungspolitisch überfällig. Denn: Durch Subventionen beeinflusst der Staat Marktprozesse und löst auf Sicht Wettbewerbsverzerrungen aus.

### **Aderlass**

36.843 Unternehmen sind im vergangenen Jahr in Deutschland insolvent geworden. Der damit verbundene volkswirtschaftliche Aderlass ist immens. Zur Zahl der dadurch verlorenen Arbeitsplätze und zum daraus resultierenden Ausfall bei Steuern und Sozialabgaben macht das Statistische Bundesamt keine Angaben. Und welche persönlichen Tragödien aus diesen Pleiten entstehen, kann man nur erahnen. Die kleinen und mittleren Betriebe sterben leise.

### **Was ist sozial?**

Das bisherige Sozialstaats-Modell stellt das ifo-Institut infrage. Er sei in hohem Maße für die Massenarbeitslosigkeit in Europa verantwortlich. Lohnersatzzahlungen seien Löhne fürs Nichtstun. Das Institut weiter: „Der auf Lohnersatz und Mindestlöhnen beruhende europäische Sozialstaat wird die Globalisierung nicht überleben. Es wird möglicherweise noch weitere zehn oder zwanzig Jahre dauern, bis die Politiker das verstehen, aber am Ende werden sie es verstehen müssen. Man kann den Gang der Geschichte nicht aufhalten“. Alternativ schlägt ifo vor: „Ein neues sozialstaatliches System, das sowohl die sozialen Werte Europas bewahrt als auch

Massenarbeitslosigkeit verhindert, beruht auf Lohnzuschüssen statt auf Lohnersatzleistungen. Jeder sollte arbeiten, zu welchem Lohn es auch immer eine Stelle für ihn gibt. Und der Staat zahlt zu diesem Lohn im Bedarfsfalle ein zweites staatliches Einkommen hinzu, so dass ein sozial akzeptabler Lebensstandard gewährleistet ist.“

### **Gegen Windmühlen**

Die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat offenbar die Führungsspitze der deutschen Gewerkschaften. Die Streiks der letzten Monate haben vielerorts den Nötigungstatbestand erfüllt. Beim verständlichen Versuch, durch den Nachweis der eigenen Existenzberechtigung dem dramatisch fortschreitenden Mitgliederschwund entgegenzuwirken, schreckt man offenbar auch vor nachhaltigen Flurschäden nicht zurück. Während sich in den Betrieben immer mehr Einsicht in das Machbare durchsetzt, sucht die Kaste der Spitzenfunktionäre ihr Heil in längst verlorenen Grabenkriegen. Da passt der „Spiegel“-Bericht ins Bild, demzufolge sich die beiden Bosse von IG-Metall und Ver.di zusammen mit der Linkspartei für eine rot-rote Regierung spätestens im Jahr 2009 einsetzen.

### **Teurer und besser**

Die deutsche Industrie erwirtschaftet immer mehr Umsatz mit immer weniger Beschäftigten. Im vergangenen Jahr ist der Umsatz um 4,6 % auf knapp 1,49 Billionen gestiegen, während die Mitarbeiterzahl um 1,5 % auf 5,93 Mio. sank. Ursächlich für dieses Auseinanderklaffen sind Rationalisierungen, Umstrukturierung und – zunehmend – die Verlagerung von Werken in Billiglohnländer. Wer glaubt, diese Entwicklung durch eine erzwungene Erhöhung der hiesigen Produktionskosten aufhalten zu können, wird die Abwanderung weiter beschleunigen. Das Gegenteil gilt: Deutschland muss (mindestens) exakt so viel besser sein, wie es teurer ist. Es wäre schon viel gewonnen, wenn diese schlichte volkswirtschaftliche Erkenntnis von allen Beteiligten als Basis für die Zukunftsgestaltung anerkannt würde.

Ausgabe Mai 2006

### **Prognosen-Boom**

Mit neu verteilten Rollen kommentieren Bundesregierung und Wirtschaftsforschungsinstitute derzeit die konjunkturelle Entwicklung. Während in rot-grünen Zeiten Eichel und Clement zumindest bei der Prophezeiung des Aufschwungs Spitze waren und die Ökonomen ihre eigenen Prognosen ständig zurücknahmen, übertreffen sich derzeit die Institute bei den Zuwachsraten. Das Institut für Weltwirtschaft hat seine Wachstumsprognose für 2006 auf 2,5 % erhöht und erwartet einen Exportanstieg um 10,5 %. Die Finanzverwaltung meldet unerwartet stark steigende Steuereinnahmen. Dagegen sieht das Finanzministerium noch keine durchgreifende Wende der Binnenkonjunktur. In dieser Phase hat die Bundesregierung erneut einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt, bei dem die Nettokreditaufnahme mit 38,3 Mrd. Euro deutlich höher ist als die Investitionen (23,2 Mrd.). Im vergangenen Jahr stieg die Staatsverschuldung nach Angaben der Bundesbank um 70 Mrd. auf 1,521 Billionen Euro. Das entspricht fast 68 % des BIP, woraus zum vierten Mal in Folge ein Verstoß gegen die Maastrichter Obergrenze von 60 % resultiert.

### **Immanente Wachstumsgrenzen**

Die FAZ sieht die Gefahr, dass sich die Deutschen im Verteilungsstreit über Lohnzuwächse und Arbeitszeiten, Sozialleistungen und Renten die Möglichkeiten zum Wachstum verbauen. Es dränge sich der Eindruck auf, dass die Wachstumsschwäche lediglich als Betriebsunfall angesehen werde, der sich von selbst bereinige. Tatsächlich erforderten die globalen Veränderungen, den Menschen die Freiheit zu geben, ihre Chancen zu nutzen. Dazu gehöre, das Tarifkartell aufzubrechen und betriebliche Absprachen dem Gewerkschaftseinfluss zu entziehen. Dazu gehöre auch ein entscheidender Rückzug des regulierenden Staates. Das Blatt zieht folgende Zwischenbilanz: „Die neue Bundesregierung hat diesen Weg nicht gewählt. Die große Koalition setzt auf Notmaßnahmen: Mehr Schulden und höhere Steuern hier, mehr Geld für Familien und leichtere Abschreibungen dort. Mit solcher Flickschusterei lässt sich nicht einmal ein konjunkturelles Strohfeuer zünden, geschweige denn ein steilerer Wachstumspfad beschreiten. Die Koalition wartet auf dauerhaft höheres Wachstum, das die Finanzsorgen des Staates und der Sozialversicherungen lösen und Beschäftigung bringen soll. Wachstum aber kommt nicht von allein.“

### **„Reichensteuer“**

Die 5 % reichsten Privathaushalte in Deutschland zahlten 2005 nach Angaben des Bundesfinanzministeriums 40,5 % der gesamten Einkommenssteuer. Und das obere Viertel der Einkommensbezieher speist 75 % dieser Steuerquelle. Die Steuerprogression führt zunehmend zu überproportionalen Belastungen. Vor diesem Hintergrund weist das Institut der deutschen Wirtschaft darauf hin, dass die Einkommenssteuer schon längst zur „Reichensteuer“ mutiert sei. Aus späterer Betrachtung wird sich das im Wahlkampf plump diffamierte Kirchhof-Modell als vertane Chance erweisen.

### **Geburtenziffer**

Die EU warnt die Mitgliedsstaaten vor den wirtschaftlichen Auswirkungen der zunehmenden Überalterung. Bis 2050 werde die arbeitsfähige Bevölkerung um 16 % bzw. 48 Mio. sinken, während die Zahl der über 65-jährigen um 77 % bzw. 58 Mio. Menschen steige. Die deutsche Geburtenrate ist 2005 mit 676.000 Kindern auf den niedrigsten Stand seit 1945 abgestürzt. Deutschland wies schon 2004 mit 8,5 Geburten je 1.000 Einwohner den niedrigsten Wert in Europa auf. In Frankreich und Großbritannien lag die Geburtenziffer um die Hälfte höher. Mahner wie Kurt Biedenkopf warnen seit langem vor schwerwiegenden Auswirkungen auf das Wirtschafts- und Sozialsystem. Erst jetzt scheint die Politik die Dimension dieser Herausforderung zu begreifen.

### **Kanzlermantel**

Altkanzler Schröder scheint sich bei seiner Zukunftsgestaltung vorrangig an kommerziellen Eigeninteressen zu orientieren. Das Aufsichtsratsmandat im Ostsee-Gaspipelinekonsortium mag energiepolitisch als hilfreich erscheinen. Das Zustandekommen und das Angebot einer Bundesbürgschaft sind jedoch schlicht skandalös. Auch das Tingeln als hochbezahlter Festredner wirft spätestens dann Fragen auf, wenn es sich beim Auftraggeber um einen dubiosen Finanzfond handelt. Der „Spiegel“ zieht ein wenig schmeichelhaftes Fazit: „Jetzt sieht es aus, als hätte er all die Jahre nur einen Kanzlermantel übergestreift und diesen beim Abschied in die Altkleidersammlung gegeben. Es wirkt, als hätte er den Kanzler nur gespielt, als wäre nichts haften geblieben.“

### **Pfeifengras**



Im Jahr 1990 beschloss man, eine neue Autobahn von Kassel nach Eisenach zu bauen. Bislang sind erst vier Kilometer fertig gestellt. Zunächst verhinderte der Bund für Umwelt und Naturschutz den Bau, weil die geplante Trasse über Pfeifengraswiesen geführt hätte. Die Ausweichtrasse wurde vom Naturschutzbund verhindert, weil Veilchengraswiesen betroffen seien. Ein TV-Magazin hat jetzt den Aufwand für einen derartig belasteten Autobahn-Kilometer ermittelt. Die Baukosten beliefen sich auf 11,8 Mio. Euro. Hinzu kamen Bürokratie-Kosten von 14,5 Mio. Der ökologische Regulierungswahn scheint keine Grenzen zu kennen.

Ausgabe Juni 2006

### **5 nach 12**

Die große Koalition ist dabei, ihre historische Chance zur Zukunftssicherung zu verspielen. Der „Spiegel“ kritisiert: „Statt die Probleme des Landes mutig anzugehen, einigen sich die Regierungsparteien stets auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Sie verteilen Geld, das sie nicht haben, und beschließen neue Belastungen.“ Die „WamS“ sieht eine „sozialdemokratische Bundeskanzlerin“ am Werke. Der Wohlfühlstaat werde zur Konstante. Bislang spottete die Regierung der politischen Glaubenslehre Hohn, dass nur eine große Koalition einschneidende Reformen durchsetzen könne. All das geschieht in permanenter Verdrängung der Tatsache, dass die öffentliche Verschuldung die 1,5 Billionen-Grenze überschritten hat. Bezieht man die verdeckten Verbindlichkeiten aus der Renten- und Pflegeversicherung mit ein, beträgt der Schuldenberg sogar 4,4 Billionen Euro. Die „FAZ“ warnt vor der Schuldenfalle, in die die ungebremste Neuverschuldung geführt habe. Das Problem werde sich bei absehbaren Zinserhöhungen dramatisch zuspitzen. Der Bundesrechnungshof mahnt eine rasche Sanierung der Staatsfinanzen an. Originalton: „Es ist nicht fünf vor, sondern fünf nach zwölf.“ Eine repräsentative Befragung widerlegt übrigens die bequeme Koalition der Besitzstandswahrer: 59 % der Bundesbürger wünschen sich mehr Reformen.

### **Weiter so?**

Die gelbe Karte haben die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesregierung gezeigt. Die derzeit günstige Konjunkturlage sei keine Folge einer verbesserten Wirtschaftspolitik. Das Kernproblem der Wachstumsschwäche bleibe, ein nennenswerter Rückgang der strukturell hohen Arbeitslosigkeit sei nicht zu erwarten. Die Institute beanstanden, dass die überfällige Haushaltskonsolidierung hauptsächlich über Steuererhöhungen, nicht aber über Ausgabenkürzungen erreicht werden solle.

### **Mehr Vorsorge**

Schon 90 % der Steuereinnahmen werden für Sozialausgaben, Tilgung und Zinsen verbraucht. Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur bleiben zunehmend auf der Strecke. Der Bund der Steuerzahler schätzt die öffentliche Verschwendung von Steuergeldern auf jährlich 12- 13 Mrd. Euro. Wenn man diesen Sumpf endlich trocken legen würde, wäre die geplante Mehrwertsteuererhöhung um 21 Mrd. Euro zumindest teilweise verzichtbar. Aber auch andere Ansätze zur Problemlösung liegen auf dem Tisch: So hat das Institut der deutschen Wirtschaft kürzlich eine Expertise vorgestellt, derzufolge eine konsequente Deregulierung nach angelsächsischem Vorbild auf Dauer zur Entstehung von bis zu 4,9 Mio. neuen

Arbeitsplätzen in Deutschland führen könne. Zentrale Säulen seien dabei die grundlegende Vereinfachung des Steuerrechts, die Etablierung betrieblicher Bündnisse zu Löhnen und Arbeitsbedingungen sowie die Liberalisierung des Kapitalmarkts. Die deutsche Realität sieht anders aus: Der neue SPD-Vorsitzende plädiert für eine Stärkung des „vorsorgenden Sozialstaates“.

### **Platz 21**

Deutschland bleibt bei Wirtschaftswachstum und Beschäftigung Schlusslicht unter den 21 wichtigsten Industrienationen. Ganz vorne in puncto Wettbewerbsfähigkeit rangieren Irland, die USA und Norwegen. Das hat die neue Standortstudie der Bertelsmann-Stiftung ergeben. In 15 Ländern liegt das Pro-Kopf-Einkommen um bis zu 50 % über dem deutschen Wert. Hauptursächlich für die erneute Zuweisung der roten Laterne sind die im internationalen Vergleich geringen Zuwachsraten bei Beschäftigung und Bruttoinlandsprodukt.

### **Über 300 %**

Der deutsche e-Commerce-Umsatz im Einzelhandel, der 2005 bei 15 Mrd. Euro lag, soll in den nächsten fünf Jahren um über 300 % auf 62 Mrd. wachsen. Damit setzt sich das seit 1999 jährlich zweistellige Umsatzwachstum sprunghaft fort. Bereits heute gibt es nach HDE-Angaben hierzulande mehr als 50.000 Multi-Channel-Händler, die über verschiedene Kanäle wie Filiale, Katalog, Telefon und Internet verkaufen. Hier ist eine Evolution des Konsumverhaltens zu erkennen, auf die sich der Handel strukturell einstellen muss. Dieser Entwicklung wird sich auf Dauer keine Branche völlig entziehen können.

### **Wilder Osten**

Produktpiraten, die sich früher auf gefälschte Luxusartikel wie Uhren, Parfums und Markenkleidung spezialisiert hatten, imitieren mittlerweile ganz alltägliche Konsumgüter sowie zunehmend auch Investitionsgüter. Weltweit erreichen gefälschte Artikel inzwischen einen Anteil von 8 % und einen Marktwert von 300 Mrd. Euro. Der Schaden in Deutschland wird auf 25 Mrd. beziffert. Als Fälscherhochburgen gelten nicht nur China, Russland, Taiwan, Korea und Indien, sondern auch das EU-Mitglied Italien. Grundsätzlich gilt: Je prominenter eine Marke, desto größer die Plagiatsgefahr. Schon fast jeder dritte Maschinen- und Anlagenbauer schätzt den durch Nachbauten verursachten Umsatzverlust auf jährlich 5 % oder mehr. Zunehmend werden ganze Maschinen illegal nachgebaut. Es wird höchste Zeit, dass die westlichen Industrieländer diesen Wild-Ost-Methoden durch ein abgestimmtes Vorgehen wirksam begegnen.

Ausgabe Juli 2006

### **Umverteilung**

Die nach der Ablösung von Rot-Grün entstandene Aufbruchstimmung ist zunehmender Ernüchterung gewichen. Das Institut für Weltwirtschaft (Kiel) traut der jetzigen Bundesregierung keine grundlegenden Reformen bei Arbeitsmarkt, Gesundheit und Unternehmensbesteuerung mehr zu. Der Bundesbank-Präsident meint, es gebe kein Erkenntnis-, sondern nur ein Umsetzungsproblem. Der Soziologe Wolfgang Sofsky resümiert: „Im Namen von Sicherheit und Wohlfahrt sollen die

staatlichen Befugnisse ausgedehnt, die Überwachung verschärft, die eigene Klientel versorgt, Steuern und Abgaben erhöht werden. Wie immer verspricht man Geld, Arbeit und Brot. Und da nichts zu verteilen ist, setzt man wieder einmal auf Umverteilung“. Der „Spiegel“ kommentiert: „In der großen Koalition wird mehr vertagt als gehandelt. Wieder taucht ein Wort auf, das die Deutschen schon seit zehn Jahren begleitet und bedrückt: Blockade.“ Und die „Financial Times“ sieht bei der amtierenden Bundesregierung schon nach sechs Monaten „Zufallserscheinungen“.

### **Gut gemeint**

Die Hartz IV-Leistungen überschwemmen den Bundeshaushalt wie eine Tsunami-Welle, kritisiert der „Stern“. 2005 lagen die Zahlungen mit 25 Mrd. 10 Mrd. Euro über Plan. Den explosiv wachsenden Sozialmissbrauch kommentiert das Blatt so: „Arbeit wird verhöhnt. Nichtstun wird belohnt“. Die Möglichkeit, ein niedrigeres Arbeitseinkommen ganz einfach auf das höhere Hartz IV-Niveau zu heben, sei eine „Honigroute zum Kommunismus“. Eine Familie mit zwei Kindern könne es unter günstigsten Umständen – ohne Arbeit – auf monatlich fast 2.000 Euro bringen. Das entspreche einem Stundenlohn von gut 12 Euro brutto und sei mehr, als ein Bauarbeiter verdiene. Ein eklatantes Beispiel dafür, dass auch im Bereich der Gesetzgebung „Gut gemeint“ das Gegenteil von „Gut gemacht“ sein kann. Ein weiteres aktuelles Beispiel dafür verkörpert das neue Antidiskriminierungsgesetz, das nach Einschätzung der „Wirtschaftwoche“ unwägbara Folgen für die Vertragsfreiheit von Arbeitgebern, Unternehmen und Vermietern haben wird.

### **Mentale Dominanz**

Der deutsche Bundestag wird in dieser Legislaturperiode noch stärker von öffentlichen Bediensteten und Funktionären dominiert. Von den 614 Abgeordneten kommen 375 aus Behörden, Verbänden und Gewerkschaften. Ihr Anteil hat um 6 % zugenommen. Gesunken ist dagegen die Zahl der Selbständigen und Freiberufler. Wissenschaftler sehen in der Vorherrschaft der Beamten und Funktionäre, die sich vor allem der jeweiligen Besitzstandswahrung verpflichtet fühlen, einen Hauptgrund für die mangelnde Reformbereitschaft in der deutschen Politik. Ebenso kontraproduktiv wirkt sich der fehlende Sachverstand in volks- und betriebswirtschaftlichen Fragen auf die Gesetzgebung aus.

### **Sozialprinzip**

Immer weniger Menschen in Deutschland bestreiten ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit. Ihr Anteil ging von 44 % in 1991 auf jetzt nur noch 39 % zurück. Dagegen stieg die Zahl der Empfänger von Sozialleistungen deutlich an. Heute leben 23 % der Deutschen von der Rente sowie 5 % von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Rund ein Drittel der Bürger hat keinerlei Kontakt zum Arbeitsmarkt. Quintessenz: Immer weniger Berufstätige müssen immer mehr zahlen, damit immer mehr Menschen auch ohne Arbeit finanziell über die Runden kommen.

### **Zuwanderungsland**

Die Zahl der Haushalte in Deutschland nimmt zu, die Größe dagegen ab. Der Mikrozensus 2005 hat eine Zahl von 39,2 Mio. Haushalten ergeben, in denen 82,7 Mio. Personen leben. Die Haushaltsgröße ist von durchschnittlich 2,27 Personen (1991) auf 2,11 zurückgegangen. Kinder gibt es nur noch in 23 % der Haushalte. Jeder fünfte Einwohner hat einen Migrationshintergrund. Davon leben hierzulande 8 Mio. mit deutschem Pass, weitere 7,3 Mio. ohne.

### **Kriminelle Energie**

Die Kriminalität in deutschen Unternehmen wird – Fachleuten zufolge – in diesem Jahr um 5 % auf 1,15 Mio. Fälle steigen. Dabei werde die Schadenssumme um 30 % auf rund 6 Mrd. Euro zunehmen. 40 % davon gehen auf Betrug, Untreue und Unterschlagung von Mitarbeitern zurück. Besonders in mittelständischen Firmen werde das Risiko völlig unterschätzt, was kriminelle Machenschaften oft erleichtere. Seit der Jahrtausendwende ist die Zahl der aufgedeckten Fälle um 28 % angewachsen. Über die Dunkelziffer liegen keine Schätzungen vor.

### **Globale Spekulation**

In ungewöhnlich offener Diktion haben der Bankenverband und die EU vor Stabilitätsrisiken für das Finanzsystem gewarnt, die aus Finanzprodukten wie Hedgefonds und Derivaten erwachsen können. Die Bundesbank plädiert für ein Rating von Hedgefonds. Tatsache ist, dass die derzeit rund 8.000 Fonds weltweit ein Vermögen von über 1 Billion US-Dollar verwalten. Ein Kenner der Materie merkt an: „Niemand weiss, wie groß ihr Hebel bei einer Finanzmarktkrise wirklich ist.“ Noch unklar ist, inwieweit der im Mai erfolgte Einbruch der Aktienkurse (auch) auf global abgestimmte Spekulation zurückzuführen ist.

Ausgabe August 2006

### **Kuhhandel**

Die Bundeskanzlerin hat Deutschland als Sanierungsfall bezeichnet, um die Notwendigkeit der höchsten Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik zu begründen. Die FAZ spricht von einem „Kartell der Kassierer“. Arnulf Baring meint, die Bundesregierung selbst sei ein Sanierungsfall. Statt zu sparen, suche man nach immer neuen Einnahmequellen, was die Leistungsfähigkeit Deutschlands weiter schwäche. Nie zuvor sind die Wahlkampfversprechen in so kurzer Zeit konterkariert und so massiv gebrochen worden. Die Abläufe hinter den schwarz-roten Kulissen werden offenbar von den Regeln des Kuhhandels bestimmt. Vor diesem Hintergrund forderte der Bundespräsident die Verantwortlichen auf, sich nicht in politischen Sandkastenspielen zu erschöpfen. Milton Friedman hat einmal angemerkt: „Der einzige Weg, Politiker zu ändern, ist, ihnen das Geld wegzunehmen“.

### **Gleichheitsideologie**

Notker Wolf, Abprimas des Benediktiner-Ordens, bringt das deutsche Übel im „Stern“-Interview folgendermaßen auf den Punkt: „Es gibt eine fatale sozialistische Grundströmung im deutschen Denken, die lautet: Politik ist nur dann gut und menschlich, wenn sie die Gebote sozialer Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit über jede praktische Vernunft stellt. Das ist Unsinn. Allen gleiche Startchancen zu geben ist richtig – aber wir müssen Schluss machen mit dieser unsäglichen Gleichheitsideologie. Menschen sind nun einmal verschieden. Wenn ich dem einen heute 100 Euro gebe, hat er morgen 200 Euro daraus gemacht, der andere hat das Geld komplett in der Kneipe gelassen. Der unaufhaltsame Ausbau des Sozialstaats ist das beste Beispiel dafür, wie man sich aus Gerechtigkeitsfanatismus sein eigenes Gefängnis bauen kann“.

### **Familienunternehmen**

Deutschland ist im internationalen Vergleich kein gutes Pflaster für Familienunternehmen. Bei einer Untersuchung der Standortqualität in 15 OECD-

Staaten kam die Bundesrepublik auf Rang 11. Ganz vorne konnten sich Großbritannien, die USA und Irland platzieren. Ursächlich für das schlechte deutsche Abschneiden waren die große Regulierungsdichte, hohe Steuern und Arbeitskosten. Auch die neue PwC-Studie „Familienunternehmen Deutschland 2006“ weist mehr Schatten als Licht nach. Die durch das Steuersystem bedingte Eigenkapitalschwäche verschärft die weit verbreiteten Finanzierungsprobleme, die wiederum Investitionsvorhaben verhindern. Dem Institut für Mittelstandsforschung zufolge mussten 2005 knapp 6.000 Unternehmen mit rund 31.500 Mitarbeitern auch deshalb geschlossen werden, weil das Erbschaftssteuerproblem nicht gelöst werden konnte. Am Rande: Familienunternehmen stellen hierzulande zwei Drittel aller Arbeitsplätze und erzielen über die Hälfte der deutschen Bruttowertschöpfung.

### **Mittelmissbrauch**

Der Solidarpakt zur Angleichung der Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern erweist sich als Fass ohne Boden. Die bis 2019 vorgesehene Förderung wird ein Gesamtvolumen von 156,5 Mrd. Euro erreichen. De facto flossen in den letzten Jahren jedoch immer weniger Mittel – wie vereinbart – in die Verbesserung der Infrastruktur. Stattdessen wurde der Soli in Ostdeutschland zunehmend zur Schließung der Lücken in den klammen Landeshaushalten missbraucht. Nur das sparsame Sachsen hat die Transferleistungen 2005 korrekt investiert, die anderen Ost-Länder haben große Teile „umgeleitet“.

### **Greulich oder gräulich**

Die seit zehn Jahren vor sich hindümpelnde Rechtschreibreform hat allenfalls die Schulbuch- und Lexikon-Verlage glücklich gestimmt. Der „Spiegel“ bezeichnet das Machwerk als „überflüssigste, sinnloseste und dilettantischste Reform der Nachkriegszeit“. Der frühere Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung wörtlich: „Es war alles für die Katz“. Nur die Staatsräson verhindere, „den ganzen Zauber dahin zu expedieren, wo er hingehört, in den Orkus nämlich.“ Die allgemeine Verunsicherung ist kaum noch zu übertreffen. Weder Lehrer noch Schüler (und Eltern) können und wollen dieses absurde Theater noch nachvollziehen, sich also ständig auf neue Sprachregeln einstellen. Im Grunde ist nun auch der Umgang mit der Rechtschreibung „demokratisiert“ worden. Beliebigkeit setzt sich wie in vielen anderen Bereichen durch. Es gilt die Maxime: Wie es Euch gefällt.

### **Ende einer Dienstfahrt**

Juristen mit bürokratischer Verwendung zeichnen sich oft durch besonders eindrucksvolle Sprachschöpfungen mit realsatirischen Qualitäten aus. So hat die Bundeswehrverwaltung definiert: „Der Tod stellt aus versorgungsrechtlicher Sicht die stärkste Form der Dienstunfähigkeit dar.“ Das Bundesreisekostengesetz ergänzt: „Stirbt ein Bediensteter während einer Dienstreise, so ist damit die Dienstreise beendet.“ Das Gesetz über Versorgungsbezüge stellt klar: „Eine einmalige Zahlung wird jedem Berechtigten nur einmal gewährt.“ Die Geschäftsordnung der Bundesbehörden legt nahe: „Soll eine Sitzung stattfinden, so ist sicherzustellen, dass ein Sitzungsraum zur Verfügung steht.“ Und der hessische Lehrerverband merkt hilfreich an: „Besteht ein Personalrat aus einer Person, erübrigt sich die Trennung nach Geschlechtern.“

### **Lebenslügen**

Ein „riskanter Kurswechsel“ findet – nach Interpretation des „Spiegel“ – derzeit in der CDU-Führung statt. Die Regierungschefin wolle die Unterschiede zur SPD bewusst verwischen, um deren Wählerklientel besser zu erreichen. Das Blatt kommentiert: „Angela Merkel wollte den großen Wurf und wirbt nun für kleine Schritte. Sie wollte Steuersenkung und setzt nun die Erhöhung durch. Sie wollte das Land zur Umkehr bewegen und tritt nun den alten Pfad entlang“.

Die auf dem Leipziger Parteitag 2003 verabschiedete Erneuerungspolitik, die auf Steuersenkung und –vereinfachung sowie eine wirksame Reform des Gesundheitssystems setzte, wird offenbar in aller Stille beerdigt. Der FDP-Vorsitzende wirft der Kanzlerin vor, sozialdemokratischer zu agieren als ihr Vorgänger. Sie stehe für mehr Steuern, Abgaben, Schulden und Bürokratie. Der CDU-Vorsitzende in NRW fabuliert dagegen von Lebenslügen, von denen sich die Partei verabschieden solle. Machterhalt wird offenbar zum Ersatz für programmatische Verantwortung. Abzuwarten bleibt, ob Partei und Wähler diese beispiellose Entkernung hinnehmen werden.

### **Neoliberal**

Der Begriff „Neoliberal“ wird in einschlägigen Kreisen mittlerweile ganz bewusst als Kampf-Etikett gebraucht. So protestierte kürzlich ein Politikprofessor gegen die Absicht der Universität Marburg, Helmut Schmidt die Ehrendoktor-Würde zu verleihen, mit dem Argument, dieser habe „wirtschaftspolitisch eine neoliberale Wende“ eingeleitet. Gleichwohl hat die Universität den 87-jährigen Altkanzler mit dem Dr. h.c. geehrt. Bemerkenswert ist die offizielle Begründung, die eigentlich ins Pflichtenheft jedes Politikers gehört: „Sein Handeln zeigt eine sichere Orientierung an den Prinzipien unabhängigen Vernunftgebrauchs, moralischer Selbstverpflichtung, kritisch rationaler Situationsbeurteilung und pragmatischer Ausrichtung an der Reichweite menschlicher Vernunft und politischen Handelns.“

### **Demografische Konsequenzen**

Die Weltbevölkerung umfasst derzeit 6,6 Milliarden Menschen. Sie erhöht sich Jahr für Jahr um rund 80 Millionen und wird bis zum Jahr 2050 bei 9,2 Milliarden liegen. Das Wachstum vollzieht sich vorrangig in Asien und Afrika, während in Europa jedes Jahr 900.000 mehr sterben als geboren werden. Die deutsche Bevölkerung wird bis 2050 von heute 82,4 auf 75,1 Millionen Einwohner sinken. Die Auswirkungen dieser demografischen Entwicklung auf die Staatsfinanzen und Sozialsysteme sind derzeit nicht absehbar.

### **Weltmeister bei Zusatzkosten**

Die Arbeitskosten in Westdeutschland sind mit durchschnittlich 27,87 EUR die dritthöchsten der Welt. Lediglich in Norwegen und Dänemark müssen die Unternehmen noch mehr bezahlen. Die industrielle Arbeiterstunde kostet in den alten Bundesländern rund 34 % mehr als im Durchschnitt der übrigen Industrieländer. Noch extremer sind die Abstände zu den neuen EU-Mitgliedern. In Polen und der Slowakei liegen die Arbeitskosten bei nur 4 EUR, in Ungarn und Tschechien bei 5 EUR. Nach wie vor stark belastet wird die deutsche Wettbewerbsfähigkeit durch die weltweit höchsten Personalzusatzkosten, die in Westdeutschland 12,20 EUR pro Stunde ausmachen. Damit werden v.a. die Sozialbeiträge, das Urlaubs- und

Weihnachtsgeld sowie die Vergütung für Urlaubs-, Feier- und Krankheitstage beglichen. Allen Wahlversprechen zum Trotz ist hier keine spürbare Entlastung zu erwarten.

### **Langenfelder Modell**

Würden sich die Kommunen wie Unternehmen verhalten, hätten viele längst wegen Überschuldung Konkurs angemeldet. Dass es auch anders geht, beweist das rheinische Langenfeld. Zum 60. Geburtstag der 59.000 Einwohner zählenden Stadt im Oktober 2008 soll der Haushalt schuldenfrei sein. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist in zehn Jahren von 787 auf 80 EUR gesunken. Gleichzeitig stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 18.600 auf 22.600. Der offenkundig ebenso kreative wie verantwortungsbewusste (CDU-)Bürgermeister will die Grund- und Gewerbesteuer kräftig senken und so die Attraktivität des Standorts weiter erhöhen. Es ist erstaunlich, welche Eigendynamik eine derartig konsequente Initiative entwickeln kann.

### **Leistungsprinzip**

Der Abt des Benediktinerordens beschreibt mit bemerkenswerter Klarsicht die Ursachen der deutschen Reformunfähigkeit: „Wir unterliegen der Sehnsucht, dass der Staat alle Probleme für uns löst. Sie wurde schon in der Kaiserzeit erzeugt. Hier begann das Beamtentum, die Bürger zu bevormunden, woraus die Anspruchshaltung entsprang. Wir halten Gerechtigkeit und Gleichheit nicht mehr auseinander. Das Land befindet sich unter der Vormundschaft tugendbeflissener Politiker, die der Chimäre der sozialen Gerechtigkeit nachjagen. Diese Politiker verkaufen uns den Staat als Beglückungsanstalt, weil wir sie überfordern. Wir zwingen sie dazu, das Unmögliche zu versuchen“.

Und der Kabarettist Dieter Nuhr merkt zum sozialen Anspruchsdenken an: „Leistung, das war für mich früher in erster Linie immer staatliche Leistung. Wenn mich früher jemand zu mehr Leistung aufforderte, habe ich gesagt: Super – wo kann ich die beantragen?“

Ausgabe Oktober 2006

### **Fatale Eigendynamik**

Dass sich Angela Merkel ebenso wie CDU und SPD weiterhin im demoskopischen Sturzflug befindet, kann niemanden überraschen. Nicht zu vergleichen ist die gegenwärtige Situation mit der ersten großen Koalition des Jahres 1966. Damals überwog die Überzeugung, dass das „Notbündnis“ entschlossen sei, die Probleme anzupacken. Dagegen verursacht die gegenwärtige Regierungsarbeit zunehmend Frust, Enttäuschung und Ratlosigkeit. Schwarz-Rot ist im ersten Jahr weit hinter fast allen Zielmarken zurückgeblieben. Wo der Koalitionsklüngel – wie bei der Gesundheitsreform – noch nicht einmal weich gespülte Kompromisse zulässt, wird gnadenlos vertagt. Der kleinste gemeinsame Nenner bestimmt Vorgehen und Schlagzahl. Jetzt droht eine fatale Eigendynamik: Weil beide sogenannte Volksparteien fürchten, bei demoskopischen Befragungen noch mehr an Boden zu verlieren, werden überfällige Reformen mit Popularitätsrisiken wohl noch systematischer von der Tagesordnung gestrichen.

### **Realitätsverlust**

Angesichts des BIP-Anstiegs und leicht rückläufiger Arbeitslosenzahlen macht sich in der Bevölkerung ein blauäugiger Optimismus breit, der schlichte Gemüter zu der Einschätzung verleitet, Reformen seien eigentlich gar nicht mehr erforderlich. Da wird der Finanzminister wegen der ebenso zutreffenden wie banalen Feststellung, zur Sicherstellung von Altersvorsorge, Gesundheit und Pflege müssten die Deutschen künftig im Zweifel auch mal auf eine Urlaubsreise verzichten, von den Medien an den Pranger gestellt. Steinbrücks Forderung a la Kennedy, „wieder stärker an unser Land und weniger an unsere Einzelinteressen zu denken“, fiel durch den Rost der öffentlichen Wahrnehmung. Das gilt auch für die Mahnung des verbannten Friedrich Merz, es werde nicht ohne langfristige Auswirkungen bleiben, wenn beide großen Volksparteien in einen „Überbietungswettbewerb um soziale Versprechungen“ eintreten. Ganz offenbar ist das Land noch nicht in der Realität angekommen.

### **Vertagung**

Der internationale Währungsfonds (IWF) kommentiert die deutsche Wirtschaftspolitik mit Sorge. Wegen der Steuererhöhungen werde die Wirtschaft 2007 nur noch um 1,3 % wachsen, während die Weltwirtschaft um 4,9 % zulegen werde. Der IWF warnt vor der Vertagung von Reformen. Gerade jetzt komme es darauf an, durch Steuersenkungen, Ausgabenkürzungen und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes den Weg zu bereiten zu einem nachhaltigen Wachstum. Auch die OECD wirft Deutschland vor, erforderliche Reformen nicht entschlossen genug anzupacken. Doch alle Appelle dürften sich als form-, frist- und zwecklos erweisen. Einer neuen Umfrage zufolge glauben 80 % der mittelständischen Unternehmer nicht mehr, dass die große Koalition die anstehenden Reformen künftig schneller und mutiger angehen wird.

### **Kameralistischer Blindflug**

Die Schulden und langfristigen Verpflichtungen des Bundes übersteigen Ende 2004 sein Vermögen um etwa 1,3 Billionen Euro. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt 2007 umfasst 267,6 Mrd. Euro. Vor diesem Hintergrund plädiert die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte dringend für eine raschere Schuldentilgung. Eine Bilanzierung der staatlichen Aktiva und Passiva gilt unter Fachleuten als überfällig, um die finanziellen Folgen politischer Entscheidungen besser abschätzen zu können. Der Staat solle – wie ein Unternehmen – erfassen, ob und welche Vermögenswerte aus seinen laufenden Einnahmen geschaffen würden. Bislang wird in den Haushalten nur nachgewiesen, was innerhalb eines Jahres an Geld eingegangen und ausgegeben wurde. Rückstellungen z.B. für künftige Pensionsverpflichtungen kennt die Kameralistik nicht. Daraus resultiert das Risiko, dass der Staat von diesen Lasten „überrascht“ wird.

### **Pisa-Folgen**

Bei der höheren Berufsqualifizierung ist Deutschland im internationalen Vergleich weit nach hinten gerutscht. Einer neuen Studie zufolge rangiert das Land der Dichter und Denker unter den 30 OECD-Staaten gerade noch auf Rang 20. Ganz vorne liegen Kanada, Japan und Südkorea. Maßstab der Untersuchung war der Anteil der 25-34-jährigen, die eine Universität, Fachhochschule oder einen höheren Ausbildungsgang absolviert haben.

### **Verantwortung**

Notker Wolf, der weltnahe Abt-Primas des Benediktiner-Ordens, hat seine ebenso einfache wie überzeugende Botschaft für Politiker und Sozialromantiker



folgendermaßen zusammengefasst: „Erstens: Entlassen wir den Staat endlich aus der Verantwortung für unser Lebensglück. Die gehört in unsere eigenen Hände. Es reicht, wenn der Staat da einspringt, wo wirklich Not ist. Es gibt kein Menschenrecht auf ein bequemes Leben und vier Wochen Urlaub. Zweitens: Machen wir Schluss mit den zentralistischen Bestrebungen, allen per Gesetz zum Glück zu verhelfen. Die Pleite mit den Hartz-Gesetzen spricht Bände. Und drittens: Regierende müssen die moralische Kompetenz zeigen, die Grundzüge der humanen Gesellschaft zu wahren, die durch neue Technik und wirtschaftliches Kalkül bedroht ist. Hier geht es um Ewigkeitswerte“.

Ausgabe November 2006

### **Rang 129**

Bei der Regulierung des Arbeitsmarktes verhält sich Deutschland starrer, bürokratischer und sozialistischer als das kommunistische China. Zu diesem Ergebnis kommt ein vergleichendes Weltbank-Gutachten, das der Bundesrepublik Rang 129 von 172 Ländern zuweist. Dem Wirtschaftsmagazin „Capital“ zufolge führt die Politik der amtierenden Bundesregierung „zurück in die DDR“. Merkels Entscheidungsschwäche verschärfe die Spätfolgen der paternalistischen Wirtschaftspolitik der Vorgänger-Regierungen. Laut statistischem Bundesamt leben bereits über 41,5 % aller Haushalte von öffentlichen Unterstützungsleistungen. In Ostdeutschland liegt die Quote bei 47 %.

### **Soziallehre**

Fast ein Drittel seiner Wirtschaftsleistung wendet Deutschland mittlerweile für Soziales auf. Einer neuen OECD-Studie zufolge lag die Bundesrepublik schon 2001 8,3 % über dem Durchschnitt von 23 untersuchten Industrieländern. Die deutsche Nettosozialleistungsquote von 30,8 % überragt die der USA (15,7 %) um das Doppelte. Auch andere globale Wettbewerber wie Japan (18,5 %), Irland (15,3 %), Kanada (20,4 %) und Spanien (21,7 %) blieben deutlich unter der deutschen Kostenmarke. Dort bleibt mehr Raum für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Zukunftssicherung.

### **Offene Stellen**

Die mittelständische Wirtschaft in NRW kann derzeit – bei über 1 Million Arbeitslosen im Lande – 200.000 Stellen nicht besetzen. Es fehlt nicht nur an Facharbeitern, sondern auch an hinreichend ausgebildeten Schulabgängern und willigen Langzeitarbeitslosen. Die in vielen Bereichen feststellbare soziale Überversorgung, die sich längst nicht mehr auf die objektiv Bedürftigen beschränkt, unterminiert die Arbeitswilligkeit und die Eigenverantwortung. Wenn Sozialmissbrauch de facto geduldet wird, stellt sich primär die Frage nach dem Selbstverständnis einer gestaltenden Politik. Wie unerwünschte Problemlösungen schon im Ansatz torpediert werden, zeigt – wie der „Spiegel“ kommentiert – die „professionelle Zerredung“ der Billig-Job-Reformvorschläge der fünf Wirtschaftsweisen durch die große Koalition. Auch die überfällige Flexibilisierung des Kündigungsschutzes wird offenbar systematisch entkernt und auf Null gebracht.

### **Beschwerderecht**

Zu den folgenlosen Polit-Ritualen gehört die alljährliche Vorstellung des Schwarzbuchs „Die öffentliche Verschwendung“ durch den Bund der Steuerzahler (BdS). Im Jahr 2005 wurden nach Hochrechnung des Verbands von Bund, Ländern und Gemeinden mindestens 30 Mrd. Euro, also 5 Prozent aller staatlichen Ausgaben verpulvert. Zu den 103 aufgelisteten Einzelfällen zählt eine siebentägige Reise des Beschwerde-Ausschusses des bayerischen Landtags nach China, um dort das Beschwerde-Recht zu studieren. Ebenso nützlich erscheint eine millionenschwere Forschungs-Förderung des Bundes und des Saarlandes, mit der die Herkunft italienischer Wörter untersucht werden soll. Das Projekt soll bis 2033 (!) finanziert werden. Überfällig ist die Einführung des Straftatbestands der Amtsuntreue. Da damit trotz jahrzehntelanger Diskussionen nicht zu rechnen ist, wird der BdS wohl auch 2033 noch sein Schwarzbuch präsentieren .

### **AbGEZockt**

Beispiellos ist die Selbstbedienungs-Kreativität der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Die inhaltliche Qualität vieler Sendeformate ist eigentlich längst eher schadensersatz- als gebührenpflichtig. Beim Ausgeben der monopolartig eingetriebenen Zwangsgebühren dominiert Großzügigkeit an allen Fronten. Da erhält ein Rad-Profi für „besondere Berichterstattungsmöglichkeiten“, de facto also für die erleichterte Selbstvermarktung 195.000 Euro p.a. Talkmaster dürfen in ihren über eigene Produktionsfirmen abgerechneten Sendungen per Werbespots zusätzliche Millionen-Einnahmen generieren. Der Vorverkauf eigener Filme und Formate wird immer schlichter und plumper. Schleichwerbung wird nur noch in Extremfällen geahndet. Der Vertrag mit dem ARD-Sportkoordinator wird trotz massiver Stasi-Vorwürfe um fünf Jahre verlängert. Die Altersversorgung von ehemaligen Intendanten und sonstigen TV-Größen ist ebenso legendär wie das Gebaren der erfolgsabhängig bezahlten GEZ-Eintreiber. In dieser wenig erbaulichen Gemengelage beschließen ARD und ZDF, ab 2007 eine ebenso neue wie absurde Gebühr für PCs und UMTS-Handys einzuführen.

### **Fauler Frieden**

Der vorwegeilende Gehorsam ist in deutschen Köpfen weit fortgeschritten. Vor allem die Gutmenschen in Politik und Medien definieren nach Belieben die Grenzen des (angeblich) Erträglichen und Zumutbaren. Notker Wolf, der oberste Abt des Benediktiner-Ordens hat die hierzulande allgegenwärtige Selbstzensur als „große Vernebelungsaktion“ und als „Programm zur moralischen Versklavung“ bezeichnet. Wolf weiter: „Wir versuchen, im Sinne der Political Correctness zu verschleiern, was uns unterscheidet, übergehen die Fremdheit des anderen mit schamhaftem Schweigen. Doch wer Unterschiede leugnet, macht sie dadurch erst zum Stein des Anstoßes. Ein Frieden, der erkauft wird, indem sich alle blind und taub stellen, ist ein fauler Frieden“.

Ausgabe Dezember 2006

### **Ohne Strategie**

Enttäuscht äußert sich der Sachverständigenrat über die Politik der großen Koalition. Die Bundesregierung fahre bei ihren Reformen einen „widersprüchlichen Zickzackkurs, ohne einer erkennbaren Strategie zu folgen“. Das Handeln der Politik werde in erster Linie durch eine Suche nach parteipolitisch opportunen

Kompromissen und Lösungen auf einem kleinen gemeinsamen Nenner bestimmt. Bund und Länder seien noch immer weit davon entfernt, ihre Haushalte wieder auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. Die Wirtschaftsexperten empfehlen einen konsequenten Subventionsabbau und eine rigide Sparpolitik. Auch das Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gibt Schwarz-Rot schlechte Reformnoten. Die Regierung könne sich nicht dazu durchringen, die Eingriffe des Staates dort zurückzuführen, wo der Marktprozess bessere Lösungen liefere. Der „Spiegel“ moniert ein visionsfreies und weitgehend führungsloses Dahinregieren. Die Koalition beziehe ihr Lebenselixier einzig aus der Schwäche der jeweiligen Partner.

### **Investitionsblockade**

Die Financial Times bezeichnet die Unternehmenssteuerreform als „süßes Bonbon, in dem eine garstige Kröte steckt.“ Die geplante Abschaffung der degressiven Abschreibung bestrafe de facto die investitionswilligen Unternehmen und belohne systemwidrig die Investitionsverweigerer. Die FAZ weist darauf hin, dass Schwarz-Rot in knapp einem Jahr die rot-grünen Steuerentlastungen zu zwei Dritteln kassiert habe. Die Mehrwertsteuererhöhung ab 2007, die 21,6 Mrd. Euro p.a. einbringen soll, verkörpert die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik. Nach RWI-Berechnung wird sie zu einem Anstieg der Inflationsrate auf 2,3 % führen. Im deutschen Steuerrecht gibt es derzeit über 50.000 Regelungen. Paul Kirchhof plädiert für einen Abbau der erdrückenden Normenflut auf 300 Normen.

### **20 Jahre Diskussion**

Bei Beschäftigung und Wirtschaftswachstum bleibt Deutschland auch 2006 Schlusslicht unter 21 Industrienationen. Der neuen Standortstudie der Bertelsmann-Stiftung zufolge ist die Bundesrepublik bei der Wirtschaftskraft pro Kopf mittlerweile hinter Länder wie Frankreich, Großbritannien und Belgien zurückgefallen. Wenn die seit über 20 Jahren anhaltende Reformdiskussion weiterhin vorrangig in Formelkompromisse und bürokratische Auswüchse münde, werde der ökonomische Rückstand kaum noch aufzuholen sein. Auch bei einer Vergleichsstudie der internationalen Innovationsfähigkeit hat sich Deutschland nicht mit Ruhm bekleckert. Wie im Vorjahr reichte es gerade zu Rang 7 der 17 führenden Industrienationen. Der frühere Wirtschaftsminister Clement verweist auf einen an sich selbstverständlichen, gleichwohl oft verkannten Zusammenhang: „Nur eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik schafft die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Sozialpolitik.“

### **Leerlauf**

Fast jede dritte Arbeitsstunde in Deutschland wird – einer neuen Untersuchung zufolge – mit unproduktiven Tätigkeiten vergeudet. Daraus resultiert für deutsche Unternehmen ein jährlicher Gesamtschaden von über 170 Mrd. Euro. Im statistischen Durchschnitt hat die Wirtschaft danach pro Mitarbeiter und Jahr 32,5 verschwendete Arbeitstage zu verkraften. Im Wettbewerb mit den Billiglohnländern kann der deutsche Standort nur durch hohe Produktivität bestehen. Entfällt dieser Vorteil, nimmt die Verlagerung von Arbeitsplätzen weiter zu. Die Hauptursachen für den Leerlauf liegen – so die Studie – in Mängeln bei der internen Kommunikation und Führung, Planung und Erfolgskontrolle.

### **„Unanwendbar“**

Mit im Rechtsbereich beispiellosem Klartext hat der Bundesfinanzhof die von Lafontaine eingeführte „Mindeststeuer“ abgebügelt. Selbst für den Fachmann sei die

Gesetzeslage nicht mehr verständlich und damit praktisch unanwendbar. Die Vorschriften seien „widersprüchlich, irreführend, unsystematisch aufgebaut und in höchstem Maße fehleranfällig“. Vor diesem Hintergrund haben die obersten Steuerrichter das Gesetz dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. Erstmals setzt die Judikative damit ein klares Zeichen im Umgang mit eklatanter Inkompetenz bei Exekutive und Legislative.

### **Sinn für Humor**

Walter Kempowski hat angemerkt: „Über etwas lachen zu müssen ist den Deutschen verdächtig. Bis heute hat ein Wilhelm Busch keine Daseinsberechtigung in unserem böllgeschädigten Bildungssystem. Die junge Generation wurde von Achtundsechzigern erzogen, und Revolutionäre können keinen Sinn für Humor haben.“

### **Zitronenfalter**

Ein Bundesminister hat kürzlich im vertrauten Kreis über einen Kollegen von der anderen Feldpostnummer gelästert, dieser glaube, der Zitronenfalter heiße Zitronenfalter, weil er Zitronen falte. Worauf der Angesprochene mit philosophischer Abgeklärtheit entgegnete: „Wenn ich der wäre, dann wäre ich lieber ich.“ Zur statistischen Abrundung : Immerhin 44 Gläser Sekt hat sich der durchschnittliche Bundesbürger 2005 munden lassen. Bleibt zu hoffen, dass es auch 2007 viel zu feiern gibt. In diesem Sinne – prosit Neujahr!